

## **Aufruf zur Gründung eines Liebknecht-Kreises in der LINKEN Brandenburg**

**Die Auseinandersetzung um Krieg und Frieden wird zur zentralen Frage: Der Ukraine-Krieg muss diplomatisch beendet werden – Deutschland soll sich nicht an Krieg und Wirtschaftskrieg beteiligen - Die Kriegskosten dürfen nicht auf die Bevölkerung abgewälzt werden**

Die politischen Bedingungen in der Bundesrepublik haben sich seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine grundlegend geändert. Inflationäre Entwicklung, Militarisierung, Energiekrise und ein hoher Konformitätsdruck durch die Medien prägen das Land. Wer den Krieg historisch einordnet oder auch nur Zweifel am neuen Konfrontationskurs des Westens äußert, wird beschimpft und politisch ausgegrenzt. Vergleiche zu 1914 drängen sich auf. Als Karl Liebknecht in seiner Ablehnung der Kriegskredite die Parole „Gegen den Zarismus“ kritisierte, bedeutete dies nicht, dass er ein Freund des Zaren war. Wenn wir die Dämonisierung Russlands kritisieren, bedeutet dies nicht, dass wir Freunde Putins sind. Gerade jetzt, angesichts drohender Verarmung und Wirtschaftskrieg, ist die LINKE notwendiger denn je. Aber sie ist nicht in der Lage, ihre Aufgaben zufriedenstellend zu erfüllen. Auch wenn bellizistische Stimmen eine Minderheit sind, ist sie in der friedenspolitischen Auseinandersetzung viel zu zaghaft, sei es aus Angst als Putin-Versteher zu gelten oder im offiziellen Politikbetrieb ausgegrenzt zu werden. Sie tritt nicht konsequent gegen das Gas- und Ölembargo auf, obwohl diese Sanktionen eindeutig den Menschen schaden. Auch in unseren Reihen gibt es Menschen, die die Erzählung des weltweiten Kampfes der Demokratie gegen die Autokratie verbreiten. Dies ist das Produkt einer längeren Entwicklung.

### **DIE LINKE befindet sich in einer existenziellen Krise**

Wir haben es mit einem großen Widerspruch zu tun: Eigentlich wird DIE LINKE so stark gebraucht wie selten zuvor, gleichzeitig befindet sie sich in einer existenziellen Krise. Bei den Bundestagswahlen sicherten nur die errungenen drei Direktmandate den Wiedereinzug. In den Umfragen befindet sich DIE LINKE in den ostdeutschen Bundesländern (mit Ausnahme Thüringens) im freien Fall, Brandenburg bildet mit einer 7% Prognose zu den Landtagswahlen das Schlusslicht. Vor allem in der Fläche brechen Strukturen weg, ganze Kreisverbände sind kaum noch handlungsfähig. DIE LINKE hat die Verankerung in großen Teilen der Arbeiterklasse verloren. Bei den Bundestagswahlen 2021 gaben DGB-Mitglieder der LINKEN weniger Stimmen als der FDP und der AfD. Die Zahl der Parteiaustritte steigt stark an, unter ihnen auch Prominente wie z.B. Christa Luft und Helmuth Markov. In den Medien werden regelrechte Schlammschlachten zwischen Genossinnen und Genossen ausgetragen. Der letzte Parteitag hat die Krise nicht gelöst, sondern eher noch verschärft. Zum ersten Mal gab es mehr Aus- als Eintritte nach einem Parteitag.

### **Wo liegen die Ursachen?**

Die LINKE entstand 2005 als politische Sammlungsbewegung von Linken unterschiedlicher Couleur aus Ost und West. Der Zusammenschluss von PDS und WASG war möglich, weil es eine große Empörung über die Agenda-Politik der SPD und die Kappung der friedenspolitischen Wurzeln der Grünen gab. Gegen Hartz IV und Agenda 2010 fanden Demonstrationen in allen Teilen der Bundesrepublik statt.

Dieser Gründungsimpuls ist versiegt. Nachdem die Erfolgsgeschichte der LINKEN, die sich in den beeindruckenden 11,9% bei den Bundestagswahlen 2009 äußerte, abflachte, verstärkten sich gleichzeitig die innerparteilichen Konflikte.

Da kein klares gemeinsames Profil gefunden war, begann der Kampf um die Ausrichtung der Partei. Hierbei setzte sich auf Bundesebene ein Bündnis zwischen linksliberalen Reformern und Bewegungslinken durch. Dieses Bündnis stellt seit Jahren die Mehrheit des Parteivorstandes. Seit dieser Zeit vollzog sich ein kontinuierlicher Niedergang der LINKEN bei den Wählerstimmen.

Obwohl in Wahlkämpfen durchaus soziale Themen in den Mittelpunkt gerückt werden und die Fraktionen im Bundestag und den Landtagen gute sozialpolitische Facharbeit leisten, ist die LINKE dabei, ihre Traditionslinien der sozialistischen Arbeiterbewegung zu kappen. Dies äußert sich vor allem in der Mitgliederstruktur und im Parteileben. Nichtakademiker\*innen, aktive Gewerkschaftsmitglieder, im Beruf stehende Menschen zwischen 35 und 55 sind eine Minderheit auf den Versammlungen. Dies äußert sich auch im fehlenden marxistischen Wissen vieler Mitglieder. Gesellschaftliches Denken und das Denken in Widersprüchen werden ersetzt durch Moral und Verhaltensregeln. Diese Partei wird schlichtweg von vielen Menschen nicht mehr verstanden.

Die Partei wird inzwischen vor allem durch das urbane Milieu der Groß- und Universitätsstädte geprägt. Auf ihren Konferenzen dominieren jüngere Mitglieder, ein großer Teil der Delegierten auf Parteitagern lebt in irgendeiner Form von der Partei oder ihrem Umfeld. Wie in anderen Parteien setzen sich zunehmend Netzwerke aus Fraktionen, hauptamtlichen Funktionären und Strömungen durch. Dies führt zu einem Qualitätsverlust, da Abstimmungsverhalten wichtiger wird als politische Fähigkeiten.

Gleichzeitig verstärkt sich die Tendenz eines (Mit-) Regieren-Wollens um jeden Preis. Dies zeugt nicht nur von einem relativ simplen Politikverständnis, denn aus der Opposition heraus lassen sich durchaus Veränderungen erwirken, sondern es verwässert unser Profil und führt zu vorseilenden Kompromissen und Mutlosigkeit. Deutliche Beispiele sind in letzter Zeit der Umgang der Berliner LINKEN mit dem Volksbegehren zur Enteignung der Wohnungskonzerne und die Haltung unseres thüringischen Ministerpräsidenten zu Waffenlieferungen in die Ukraine. Gleichzeitig wird versucht, die friedenspolitischen Positionen des Erfurter Programms zu verwässern, aus Angst als Putin-Versteher und nicht koalitionsfähig zu gelten. Es besteht nach unserer Meinung kein Widerspruch zwischen der notwendigen klaren Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und der klaren Ablehnung eines Wirtschaftskriegs.

Zusammengefasst: Eine LINKE die kein klar erkennbares Profil als sozialistische Partei und als Friedenspartei hat und die sich ihrer Sprache und Politik nicht an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit und aller Generationen orientiert, wird keine Zukunft als relevante politische Kraft haben.

### **Warum soll der Liebkecht-Kreis gegründet werden?**

Der Verlauf des letzten Parteitags, der blamable öffentliche Auftritt und der Durchmarsch bei den Vorstandswahlen, haben für uns das Fass zum Überlaufen gebracht. Wir wollen den Weg der LINKEN in die Bedeutungslosigkeit nicht hinnehmen. Da wir aber die Erfahrung gemacht haben, dass gute Argumente gegen organisierte Netzwerke wenig ausrichten, haben wir nun beschlossen, ebenfalls einen Diskussions- und Organisationszusammenhang zu bilden.

Wir sind Mitglieder der LINKEN, die bisher keinem innerparteilichen Zusammenhang angehörten oder sich unterschiedlichen Strömungen wie Populäre Linke, Basis-Linke, Kommunistische Plattform und Sozialistische Linke verbunden fühlen.

### **Wie will sich der Liebkecht-Kreis engagieren?**

Wir wollen innerparteilich dafür wirken, dass das Profil der LINKEN als sozialistische, antikapitalistische Partei klar erkennbar wird, dass wir als konsequente Friedenspartei und als die Vertreterin der spezifischen Ost-Interessen wahrgenommen werden. In diesem Sinne werden wir uns zu Wort melden, politische Vorschläge entwickeln und unsere gewählten Gremien und Fraktionen an diesem Anspruch messen. In unseren Kreisverbänden und Basisorganisationen wollen wir dafür wirken, dass DIE LINKE vor allem die Interessen der Arbeiter und Angestellten und ihrer Familien, der sozial Benachteiligten, der Rentnerinnen und Rentner, von kleinen Unternehmern und Gewerbetreibenden im Blick hat. Dies gilt unabhängig von deren Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrer

sexuellen Orientierung oder kulturellen Vorlieben. Dazu gehört, dass DIE LINKE ihre Sprache spricht und als Anlaufstelle für Sorgen, Probleme und Vorschläge ernst genommen wird. Momentan halten wir den Aufbau einer neuen Friedensbewegung und Aktivitäten gegen die Inflation und gestiegenen Energiepreise für zentral. Dazu gehören der Eintritt für eine diplomatische Beendigung des Ukraine-Kriegs und die Ablehnung von Öl- und Gasembargos sowie aller Sanktionen, die vor allem die Bevölkerung, in Russland wie in Deutschland treffen.

### **Warum nennen wir uns Liebkecht-Kreis?**

Den Namen haben wir dem sächsischen Liebkecht-Kreis entlehnt. Karl Liebkecht, einer der bekanntesten Politiker der deutschen Arbeiterbewegung hatte eine enge Bindung an Brandenburg. Er gewann 1912 den Reichstagswahlkreis Potsdam – Spandau- Havelland, der bis dahin eine konservative Hochburg war, in Luckau saß er seine Haftstrafe ab. Natürlich wissen wir, dass heutige Politik anders aussehen muss, als zu Lebzeiten von Liebkecht. Wir denken aber, dass man auch heute mit Liebkecht noch einiges anfangen kann, Wir schätzen an Liebkecht den Mut und die Konsequenz mit der für seine Überzeugungen eintrat, seinen konsequenten Antimilitarismus und Internationalismus. Als Koordinator der Sozialistischen Jugendinternationale Liebkecht setzte er sich stark für einen antimilitaristischen Kurs ein. Er stimmte als einziges Mitglied der SPD-Fraktion gegen die Kriegskredite und wurde für seine Antikriegs-Aktivitäten ins Zuchthaus geworfen. Als einer von drei Reichstagsabgeordneten prangerte er den Völkermord an den Armeniern an. Seine konsequente politische Haltung führte ihn über die Spartakusgruppe zur KPD. Von Liebkecht stammt auch das berühmte Zitat „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“, er hat nicht gesagt, dass der Hauptfeind in der eigenen Partei steht.